Berlin

Open Source als Beschaffungsprinzip

[01.10.2026] Berlin will mit einer umfassenden Open-Source-Strategie seine digitale Souveränität stärken. Open Source soll dabei zum priorisierten Beschaffungsprinzip werden. Beim eGovernment-Wettbewerb 2026 erreichte das Land Berlin mit dem Projekt den dritten Platz in der Kategorie „Souveränität, Sicherheit und Stabilität digitaler Infrastrukturen“.

Open Source soll in der Berliner Verwaltung künftig nicht mehr nur bei einzelnen IT-Projekten zum Einsatz kommen, sondern strategisch in Beschaffung, IT-Architektur und Governance verankert werden. Die Open-Source-Strategie des Landes verbindet dazu konkrete Maßnahmen mit messbaren Zielen bis zum Jahr 2032. Beim eGovernment-Wettbewerb 2026 erreichte Berlin mit diesem Ansatz den dritten Platz in der Kategorie „Souveränität, Sicherheit und Stabilität digitaler Infrastrukturen“. Vorgestellt wurde die Strategie von Florian Ebel und David Marquard von der Senatskanzlei Berlin.

Open Source erhält Vorrang bei der Beschaffung

Zu den zentralen Elementen gehört laut der Präsentation auf dem eGovernment-Wettbewerb die Priorisierung von Open Source bei der Softwarebeschaffung. Wird davon abgewichen, soll dies begründet werden müssen. Ergänzt wird dieser Ansatz durch neue Governance-Strukturen, ein systematisches Monitoring sowie die Verankerung von Open Source in Vergabe- und Architekturvorgaben. Berlin verbindet damit mehrere Ziele: Die IT-Landschaft soll transparenter und interoperabler werden, entwickelte Lösungen sollen sich leichter nachnutzen lassen. Gleichzeitig sollen sogenannte Lock-in-Effekte und damit Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern reduziert werden.

Die Strategie umfasst darüber hinaus den Aufbau von Open-Source-Kompetenzen innerhalb der Verwaltung und ein stärkeres Engagement im Open-Source-Ökosystem. Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) soll als Open Source Program Office (OSPO) für das Land fungieren. Ein weiterer Baustein ist die Identifikation kritischer Softwareabhängigkeiten.

Konkrete Ziele bis 2032

Für die Umsetzung hat Berlin einen Zeitplan mit konkreten Erfolgskennzahlen aufgestellt. Bis 2026 soll eine zentrale, personell ausgestattete und organisatorisch verstetigte Funktion die Open-Source-Aktivitäten koordinieren und die Umsetzung der Strategie begleiten, heißt es in der Präsentation. Bis 2027 sollen alle bestehenden und neu geplanten Anwendungen im Software-Stack hinsichtlich ihrer digitalen Souveränität bewertet und erforderliche Verbesserungsmaßnahmen definiert werden.

Ein Jahr später sollen alle Beschäftigten der Berliner Verwaltung die jeweils für ihre Zielgruppe vorgesehenen Open-Source-Schulungen absolviert haben. Für 2029 sieht die Strategie vor, 50 Prozent der proprietären Softwareprodukte der Berliner Verwaltung auf mögliche Open-Source-Alternativen zu untersuchen und Maßnahmenpläne für eine Ablösung zu erstellen.

Berlin will sich stärker an Open-Source-Projekten beteiligen

Die Strategie beschränkt sich nicht auf den Einsatz vorhandener Software. Berlin will sich auch aktiv an der Entwicklung von Open Source beteiligen. Bis zum Jahr 2030 soll das Land bei mindestens 30 strategisch wichtigen Open-Source-Projekten auf der Plattform openCode maßgeblich als Maintainer oder Contributor mitwirken.

Auch für die Beschaffung setzt sich Berlin ein konkretes Ziel: Bis 2031 sollen mindestens 50 Prozent des jährlichen Budgets für Softwarebeschaffungen auf Open-Source-lizenzierte Software und entsprechende Services entfallen. Noch weiter reicht das Ziel für den IT-Arbeitsplatz. Bis 2032 sollen 70 Prozent der Komponenten des Software-Stacks des IKT-Arbeitsplatzes der Berliner Verwaltung auf Open Source basieren.

Teil einer Gesamtarchitektur für digitale Souveränität

Die Senatskanzlei versteht die Open-Source-Strategie ausdrücklich nicht als isoliertes Vorhaben. Sie soll Bestandteil einer übergreifenden Architektur für digitale Souveränität sein. Strategie und praktische Umsetzung werden dafür über Maßnahmen und Kennzahlen miteinander verbunden.

Zugleich soll Open Source unmittelbar im Arbeitsalltag der Verwaltung ankommen. Die Verbindung mit dem IKT-Arbeitsplatz spielt deshalb eine zentrale Rolle. Nach Darstellung der Senatskanzlei sollen außerdem die Stärken des IT-Standorts Berlin und Deutschlands stärker für die öffentliche Verwaltung nutzbar gemacht werden.

Damit verbindet Berlin seine Open-Source-Politik mit langfristigen und überprüfbaren Vorgaben: von Kompetenzen und Governance über Beschaffung und Softwareabhängigkeiten bis zur konkreten Zusammensetzung des Verwaltungsarbeitsplatzes. Der Ansatz soll Open Source schrittweise zu einem festen Bestandteil der Berliner Verwaltungs-IT machen.

()

Stichwörter: Open Government, Berlin, eGovernment-Wettbewerb, Open Source